

1 **Antrag A1**

2 **Antragssteller*in: Landesvorstand**

3 Der Landesparteitag möge beschließen:

4 **Mit Herz und Schnauze: Eine Stadt für alle!**

5 Nach einem Jahr Schwarz-Rot ist eines klar: Diese Regierung macht ihre Politik nicht für,
6 sondern auf Kosten der Berliner*innen.

7 Während die Hauptstadt für viele Menschen weltweit ein Symbol der Freiheit und
8 Zufluchtsort ist, finden sich die Berliner*innen im Jahr 2024 inmitten einer spalterischen
9 und ausgrenzenden Regierungspolitik wieder, die migrantisierte und von Rassismus
10 betroffene Menschen, von Armut betroffene Menschen und Protestbewegungen für die
11 Missstände verantwortlich machen will.

12 Nach einem Jahr mit einem CDU-Bürgermeister zeigt sich die Bruchlinie zu Rot-Grün-
13 Rot immer deutlicher, denn die größer werdenden Probleme der Stadt werden aus dem
14 Rathaus heraus nur noch beantwortet mit der Parole: Mehr Repression und weniger
15 Demokratie wagen.

16 Auch eine Olympiabewerbung ist dabei mehr als ein bloßes Ablenkungsmanöver,
17 sondern Teil des Ausverkaufs der Stadt, den Schwarz-Rot planmäßig vorantreibt.
18 Während eine Sache hervorragend läuft, nämlich dass Parteifreund*innen mit
19 Spitzenverdiener-Posten abgesichert werden, wird das Versagen von Schwarz-Rot
20 immer deutlicher: Die wesentlichen Dinge in Berlin werden nicht geregelt.

21 Berlin braucht bezahlbaren Wohnraum, gute Bildung für alle, vernünftige
22 Arbeitsbedingungen und eine auskömmliche Gesundheitsversorgung vor Ort sowie
23 konsequenten Klimaschutz, der für alle bezahlbar ist– und zwar für alle Menschen, die
24 hier leben! Stattdessen gibt es Sozialkürzungen, Stillstand und Sündenbockpolitik.
25 Anstatt den Folgen einer jahrzehntelangen Unterfinanzierung öffentlicher
26 Infrastrukturen entgegenzutreten, wollen CDU und SPD die letzten Reserven Berlins für
27 Magnetschwebbahnen, Beteiligungssimulation und weitere Symbol- und
28 Prestigeprojekte verschleudern und mit voller Absicht jenen in die Taschen wirtschaften,
29 die am Ausverkauf der Stadt verdienen.

30 Als Antwort auf Frust, Existenzängste und fehlende Perspektiven braucht es keine
31 Überwachung oder mehr Repression, sondern Unterstützung, Wertschätzung und
32 öffentliche Investitionen statt wie beim gescheiterten Klimasondervermögen durch
33 sogenannte öffentlich-private Partnerschaften noch mehr privaten Profitinteressen den
34 schwarz-roten Teppich auszurollen.

35 Politik, die vor allem die Interessen der privaten Investoren und Vermögenden im Blick
36 hat, muss in dieser Stadt mit Widerstand von links rechnen!

37 Immer mehr Menschen müssen den Gürtel enger schnallen. Die Angst um die eigenen
38 vier Wände ist längst mitten in der Gesellschaft angekommen. Während die Mieten und
39 die Nebenkosten immer weiter nach oben getrieben werden und es schlicht keine
40 bezahlbaren Wohnungen gibt, in die man noch verdrängt werden kann, werden der Lohn
41 oder die Sozialleistungen von den steigenden Lebensmittel- und Energiepreisen
42 aufgefressen.

43 Das Vertrauen, dass die Politik diese Probleme gelöst bekommt, befindet sich im
44 Sturzflug. Die regierende Politik handelt im Interesse von Vermögenden und
45 Kriegstreibern.

46 Im Bund wird beim Sozialen, in der Bildung und bei der Kultur gekürzt, aber gleichzeitig
47 in 2024 eine Rekordsumme von 72 Milliarden Euro für Aufrüstung ausgegeben. Die CDU
48 schwadroniert in Berlin zwar über eine 250 Millionen Euro teure Magnetschwebbahn,
49 aber gleichzeitig soll die Tagesreinigung der Schultoiletten eingespart werden. Die
50 Krisen sind vielfältig und belasten die Menschen von Jung bis Alt. Die Chaos-Koalition
51 aus CDU und SPD blockiert sich selbst und schafft es nicht, die Bedürfnisse der Stadt
52 in den Blick zu nehmen, sondern ist nur noch mit sich selbst beschäftigt.

53 Die von uns unter rot-grün-rot erkämpften sozialen Mietsicherungen, Sozialwohnungen
54 in der Innenstadt, höhere Vermietungsquoten für Wohnberechtigungs-
55 scheinempfänger*innen sowie Kündigungsmoratorien und Mietenstopps bei den
56 Landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften wurden schon innerhalb eines Jahres von
57 SPD und CDU aufgekündigt. Schwarz-Rot knüpft exakt da an, wo diese Koalition 2016
58 aufgehört hat, als sie für ihre Politik abgewählt wurde. Unter der schwarz-roten Koalition
59 wird privatisiert und verwertet, während die öffentliche Daseinsvorsorge immer
60 schärferen Sparzwängen unterworfen wird und stadtweit soziale Träger kurz vor dem
61 Kollaps stehen. Wieder stehen höhere Mieten für 360.000 Kommunalwohnungen an und
62 wieder soll das Tempelhofer Feld, bebaut und der vor 10 Jahren erfolgreiche
63 Volksentscheid abgewickelt werden. Gleichzeitig ist eine Eigentumsförderung für die
64 obere Mittelschicht das einzige wohnungspolitische Angebot der Rückschrittskoalition.

65 Der Senat gibt vor, die sozialen Folgen dieser Politik bekämpfen zu wollen – greift dabei
66 jedoch zu Maßnahmen, die nur für mehr Ungleichheit, Elend und Ausgrenzung sorgen.
67 Doch wir lassen uns nicht spalten!

68 Denn Berlin ist mehr als Law and Order, Immobilienspekulation, marode Schulen und
69 Ärztemangel. Von der Kleingartenanlage bis zur Queerparade: Berlin bleibt aufmüpfig;
70 eine Stadt mit Herz und bunter als ein Regenbogen. Diese Stadt hat Politik verdient, die
71 sich um die wirklichen Probleme der Menschen kümmert; die Menschen
72 zusammenbringt statt sie gegeneinander auszuspielen und die Gesellschaft zu spalten;
73 eine Politik, die an der Seite derer steht, die die Stadt jeden Tag am Laufen halten. Wir
74 als Linke Berlin kämpfen für eine Stadt für alle, solidarisch und antirassistisch.

75 **Wem gehört die Stadt?**

76 Als Linke stellen wir die Eigentumsfrage „Wem gehört die Stadt?“. Die Stadt gehört uns
77 allen, muss für alle da sein und wir kämpfen dafür, dass nicht das Geld entscheidet, ob
78 jemand in dieser Stadt einen Platz findet oder nicht. Denn unsere Wohnungen gehören
79 in öffentliche Hand und nicht an die Börse! Unsere Kieze sind die Herzkammern der
80 Stadt. Doch die Voraussetzung ist eine gute soziale Infrastruktur vom Schulplatz, über
81 die Hausärztin bis hin zum ÖPNV.

82 Mit unseren bezirklichen Parteistrukturen, Abgeordneten und Verordneten kümmern wir
83 uns um die Probleme vor Ort. Die Linke hört zu, hilft und organisiert Unterstützung. Wir
84 engagieren uns gemeinsam mit Menschen in Vereinen, Initiativen, Gewerkschaften,
85 Bündnissen in den Stadtteilen, im Parlament und auf der Straße, insbesondere dort, wo
86 die Menschen sich allein gelassen fühlen. Wir machen zusammen Politik von unten nach

87 oben. Wir sind die Partei, die glaubwürdig für soziale Gerechtigkeit streitet. Wir sind die
88 soziale Opposition.

89 Und wir bleiben die einzige Partei, die sich für Frieden und für internationale Solidarität
90 einsetzt, was wir mit dem Anspruch verbinden, Menschen in Not in Berlin ein Zuhause
91 und eine Perspektive zu geben.

92 Wir verbinden die Kämpfe um bezahlbares Wohnen, gute Arbeit, Gesundheit,
93 Klimaschutz und -gerechtigkeit sowie Bildung mit antirassistischen, queeren,
94 antifaschistischen und Klassenkämpfen sowie dem Kampf gegen Antisemitismus für
95 eine gute Zukunft für alle Menschen in Berlin. Wir lassen uns nicht gegen unsere
96 Nachbarinnen und Freunde ausspielen, egal wo sie herkommen oder wen sie lieben,
97 diese Stadt steht zusammen!

98 Deswegen stellen wir uns den erstarkenden rechtsextremen Kräften und Netzwerken,
99 wie der AfD und Teilen der CDU in der ganzen Stadt konsequent entgegen, auf der
100 Straße, in den Parlamenten, in den Betrieben, im Internet und in der Kneipe! Die
101 Verstrickungen der CDU in rechte Netzwerke bei Polizei oder Burschenschaften, wie die
102 des früheren CDU-Finanzsenators Peter Kurth in die rechtsextreme Szene und in
103 reaktionäre Vereine wie „Neue Wege für Berlin“ sind alarmierend und müssen im
104 Parlament aufgearbeitet werden.

105 **Stadt für alle**

106 Wir kämpfen auch aus historischer Verantwortung heraus für ein antirassistisches Berlin
107 ohne Diskriminierung in den Behörden, auf dem Wohnungsmarkt und im Alltag, für eine
108 gute, öffentliche Daseinsvorsorge und gleichberechtigten Zugang zu städtischen
109 Ressourcen und Dienstleistungen für alle. Wir wollen sichere, öffentliche Räume für alle,
110 die hier leben.

111 Der Weg dahin ist jedoch nicht der Ruf nach mehr Polizei, Sicherheitspersonal, Zäunen
112 und Kameras. Wir brauchen endlich eine soziale Wohnraumversorgung und
113 Stadtentwicklungspolitik für alle Berliner*innen und meinen damit:

- 114 • die Ausweitung des Wohnberechtigungs Scheins (WBS) auf Geflüchtete
- 115 • den Stopp von Zwangsräumungen als brutalste Form der Entmietung
- 116 • die Anmeldung für alle, eine Initiative für Menschen mit Migrationsgeschichte zur
117 legalen Anmeldung eines Wohnsitzes
- 118 • die Vergesellschaftung der Wohnungen für soziale Wohnraumversorgungspolitik
- 119 • eine Innenstadt für alle - 100% Sozialwohnungsbau als Quote auf landeseigenen
120 Grundstücken wie am Molkenmarkt und auf dem Dragoner Areal
- 121 • die Einführung einer City-ID, einem Stadtausweis für alle Berliner*innen
122 unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus mit Zugang zu städtischen Ressourcen
123 wie Bildung, Bibliotheken, Kultur, Arbeit, Gesundheit und Wohnen – ein
124 Bleiberecht für alle durch Ausnutzung von Landesspielräumen bei der Erteilung
125 von Aufenthaltstiteln, durch Änderung von Aufenthalts- und Asylgesetzen auf
126 Bundesebene sowie durch humanitäre Aufnahmeprogramme
- 127 • ein für alle zugängliches, flächendeckendes Gesundheitssystem
- 128 • durch die Abschaffung von Arbeitsverboten, schnellere und einfachere
129 Anerkennung ausländischer Abschlüsse und Ausbildungen, besseren Zugang zu

- 130 Bildung und die Beschulung von geflüchteten Kindern in regulären Schulen statt
131 Lagerschulen
- 132 • besserer Zugang zu Wohnungen und dezentralen Unterkünften statt
 - 133 Massenlager für Geflüchtete wie in Tegel und bald in Tempelhof
 - 134 • ein Basiskonto für alle statt diskriminierender Bezahlkarte für Geflüchtete
 - 135 • Beschleunigung und Vereinfachung des Einbürgerungsverfahrens
 - 136 • ein Wahlrecht für alle Berliner*innen auf allen Ebenen, unabhängig vom deutschen
 - 137 Pass
 - 138 • eine strukturelle Förderung von Migrant*innenselbstorganisationen und
 - 139 Demokratiewerk durch ein Demokratiefördergesetz
 - 140 • die Aufarbeitung und Aufklärung von Berlin aus begangenen kolonialen Unrechts
 - 141 muss verstärkt werden, u.a. durch Verankerung in Rahmenlehrplänen von
 - 142 Schulen, der Weiterförderung des Lehrgangs "Intersectional Black Studies" an
 - 143 der Technischen Universität sowie durch die Umbenennung von Straßen und
 - 144 Rückgabe von Raubkunst
 - 145 • die Stärkung des Landesantidiskriminierungsgesetzes und die Aufnahme der
 - 146 Diskriminierungsdimensionen Staatsbürgerschaft und Aufenthaltsstatus
 - 147 • Die Abschaffung des Konzepts sogenannter kriminalitätsbelasteter Orte (kbO)
 - 148 und den Stopp von Racial Profiling durch die Polizei, die Verwendung von Tasern
 - 149 und keine repressive Änderung des Polizeigesetzes
 - 150 • ein Ende der verstärkten Polizeikontrollen und Razzien in migrantischen Vierteln

151 Viele stadtentwicklungspolitische Konflikte begleiten wir seit vielen Jahren und
152 unterstützen sie in den Bezirksverordnetenversammlungen und im Abgeordnetenhaus.
153 An der Seite vieler Initiativen streiten wir mit unseren Abgeordneten vor Ort gegen die
154 planlose Nachverdichtung von Quartieren und fordern Konzepte und
155 Bürger*innenbeteiligung. Wir fordern eine ehrliche Debatte für lebenswerte Quartiere für
156 alle statt das Auspielen von Menschen gegeneinander.

157 Wir haben konkrete Lösungen für bezahlbares Wohnen in Berlin - für die Regulierung der
158 Mieten und den Neubau bezahlbarer Wohnungen. Als Linke legen wir Konzepte für den
159 sozial-ökologischen Umbau der Stadt vor:

- 160 • Den Umbau von Gebäuden statt Abriss und Neubau für schnellere
- 161 Wohnraumschaffung
- 162 • 1 Million Quadratmeter Büroflächenleerstand müssen für die Bedarfe der Stadt
- 163 mobilisiert werden
- 164 • Eine sorgende Stadt, in der Mensch und Umwelt im Mittelpunkt stehen, nicht
- 165 Konsum und Kommerz. Warenhäuser & Shoppingmalls wollen wir kommunal
- 166 sichern und gemeinschaftlich weiterdenken.
- 167 • Die Nahversorgung in den Kiezen sichern: Ärzt*innenhäuser, Bibliotheken,
- 168 Lebensmittel und Kitas!
- 169 • Nachverdichtung nur nach stadtplanerischen Kriterien - behutsam und mit
- 170 Beteiligung

171 **Wohnen, Wärme, Widerstand**

172 Bezahlbares Wohnen bleibt für die Menschen in unserer Stadt das wichtigste Problem.
173 Die Mieten steigen immer weiter und nun müssen tausende Mieter*innen auch noch
174 horrend hohe Heizkosten nachzahlen. Mit den Mieterhöhungen für 180.000 landeseigene

175 Wohnungen um bis zu 11 Prozent, dreht der Senat selbst an der Mietenspirale mit. Der
176 Senat hat kein Konzept gegen steigende Mieten und Heizkosten. Stattdessen wird
177 weiter auf „Bauen, Bauen, Bauen“ gesetzt. Das sog. „Wohnungsbündnis“ ist kaum mehr
178 als ein Lobbytreffen.

179 Es braucht Mut, sich mit den Immobilienkonzernen anzulegen. In den letzten Monaten
180 haben wir als Linke Mieter*innenversammlungen in ganz Berlin organisiert oder
181 unterstützt. Alle Parteigliederungen werden dazu aufgerufen, weiter vor Ort (rechtliche)
182 Beratungsangebote zu schaffen, Versammlungen von Mieter*innen zu initiieren und zu
183 unterstützen, eine langfristige Organisation vor Ort anzustreben und
184 Beratungsangebote der Partei weiter auszubauen und bekannt zu machen.

185 Gemeinsam mit Mieter*innen vor Ort, streiten wir für Heizkostenfonds und Mietendeckel,
186 für Deutsche Wohnen & Co enteignen und Schutz vor Eigenbedarfskündigungen. Mit
187 unserem Konzept für ein Kommunales Wohnungsbauprogramm schaffen wir 100 Prozent
188 dauerhaft bezahlbaren Neubau. Mit unserem Vorschlag für ein Sanierungsprogramm,
189 ermöglichen wir Modernisierung ohne Mieterhöhung für 60.000 schlecht gedämmte
190 landeseigene Wohnungen. Gemeinsam holen wir uns die Stadt zurück!

191 **Tariftreue und Mindestlohn – Gute Arbeit für Berlin**

192 Die Linke streitet in Berlin für anständige Löhne und gute Arbeitsbedingungen – an der
193 Seite der Beschäftigten und ihrer Gewerkschaften. Seit 2016 konnten wir deutliche
194 Verbesserungen durchsetzen: Insourcing bei öffentlichen Unternehmen,
195 Tariftreueklausel im Vergabegesetz, mehr Beratungsangebote und Kontrollen. Doch seit
196 CDU und SPD regieren, herrscht wieder Stillstand. Die Einführung der
197 Ausbildungsplatzumlage ist gestoppt worden. Der neue Senat setzt auf Law-and-Order,
198 Kulturkampf und teure Prestigeprojekte – anstatt sich um die arbeitenden Menschen in
199 der Stadt zu kümmern. Wir stellen uns entschlossen gegen jeden Versuch, arbeits- und
200 tarifrechtliche Standards zu unterlaufen und verurteilen den Vorstoß aus Kreisen der
201 CDU, geflüchtete Menschen zu 80-Cent-Jobs zu verpflichten.

202 Haushaltchaos und Kürzungen führen schon jetzt bei Trägern und
203 Zuwendungsempfängern zu Verschlechterungen bei den Arbeitsbedingungen. Dem
204 setzt Die Linke den Grundsatz „Öffentliches Geld nur für Gute Arbeit“ entgegen. Das
205 bedeutet konkret, dass die auf Landesebene regelbaren Mindestlöhne armutsfest sein
206 müssen. Die Beschäftigten im mittelbaren Landesdienst, insbesondere bei freien
207 Trägern, müssen wieder auf Grundlage des TV-L bezahlt werden – inklusive aller
208 Zusatzvereinbarungen wie der zur Hauptstadtzulage. Und auch im privaten Sektor
209 wollen wir über die Durchsetzung der Tariftreue in der öffentlichen Vergabe und der
210 Wirtschaftsförderung die Tarifbindung erhöhen. Konkret schlagen wir vor:

- 211 • Der Landesmindestlohn und der Vergabemindestlohn sind zügig auf 15 Euro
212 brutto pro Stunde anzuheben.
- 213 • Die freien Träger im Sozial-, Erziehungs- und Bildungssektor werden durch
214 Refinanzierung im Zuwendungs- und im Leistungsbereich dazu befähigt, ihre
215 Beschäftigten entsprechend der Tarifverträge Länder (TV-L) zu vergüten.
216 Gleichzeitig werden sie verpflichtet, die Mittel weiter zu geben und eine
217 entsprechende Vergütung auch tatsächlich zu gewähren. Zukünftige
218 Tarifierhöhungen müssen berücksichtigt werden, ebenso eine tarifkonforme
219 Vergütung der über Sachkosten finanzierten Stellenanteile (Regie- und

- 220 Verwaltungskosten). Zuwendungsbescheide sind für längere Zeiträume als ein
221 Haushaltsjahr zu bewilligen, da eine planbare Refinanzierung Voraussetzung für
222 Gute Arbeit ist.
- 223 • Zu einer Vergütung nach TV-L gehört auch die Hauptstadtzulage i.H.v. 150 Euro
224 brutto monatlich. Auch die Beschäftigten der freien Träger müssen diese sofort
225 erhalten.
 - 226 • Für alle Bereiche der Wirtschaftsförderung sind Tariftreueklauseln einzuführen.
227 Die Tariftreue in der öffentlichen Vergabe ist durch eine Stärkung der
228 Kontrollgruppe und durch Schulungen der ausschreibenden Stellen in der Berliner
229 Verwaltung tatsächlich durchzusetzen.
 - 230 • Mit Beginn des Ausbildungsjahres 2024/2025 ist eine Ausbildungsplatzumlage
231 einzuführen. So sollen zusätzliche Ausbildungsplätze entstehen, die
232 Ausbildungsbedingungen verbessert und die Ausbildungskosten gerecht verteilt
233 werden.

234 **Linke Offensive bis 2026**

235 Als Berliner Linke haben wir besonders von der Eintrittswelle in unserer Partei profitiert.
236 Wir konnten in den letzten fünf Monaten über 1.000 neue Genoss*innen begrüßen, die
237 es gilt, gut einzubinden, attraktive Mitmach-Angebote zu unterbreiten und sie für uns zu
238 begeistern.

239 Gleichsam verdienen unsere langjährigen Mitglieder unsere tiefe Wertschätzung, ohne
240 deren politische Arbeit die Linke heute nicht wäre, was sie ist. Wir werden die
241 anstehenden Wahlkämpfe, Streiks um höhere Löhne und Entlastung, stadtpolitischen
242 Kämpfe wie um die Vergesellschaftung großer Wohnungsbestände oder den Erhalt des
243 Tempelhofer Feldes nutzen, um in der ganzen Stadt aktiv zu sein. Insbesondere möchten
244 wir dafür Haustürgespräche zur alltäglichen Praxis entwickeln und die Bezirksverbände
245 dabei unterstützen. Das macht uns als Linke aus, dass wir vor Ort in den Kiezen präsent
246 und immer ansprechbar sind, nicht nur direkt vor den Wahlen.

247 Wir setzen uns aktiv für mehr Diversität innerhalb unserer Parteistrukturen ein, indem
248 wir eine Diversitätsumfrage durchführen und ein Mentoringprogramm zum
249 Empowerment von Mitgliedern mit Migrationsgeschichte zum Herbst 2024 starten
250 wollen.

251 Als wichtigen Schritt im Kampf gegen Sexismus setzen wir eine Vertrauensgruppe auf
252 Landesebene ein, die von externen Expert*innen unterstützt werden soll. Sie dient als
253 Anlaufstelle für Personen, die von Sexismus und/oder sexistischer Gewalt in der Linken
254 betroffen sind, soll Schutz und Unterstützung anbieten, sexistisches Verhalten und
255 mögliche Übergriffe aufarbeiten und auf den Abbau patriarchaler Strukturen innerhalb
256 der Linken hinwirken.

257 Mit unseren Zukunftskonferenzen zu den Themen Klima, Gesundheit, Bildung,
258 Stadtentwicklung und Wohnen, Mobilität sowie Diversität diskutieren wir die die
259 brennenden Zukunftsfragen unserer Zeit. Gemeinsam mit der Stadtgesellschaft
260 entwickeln wir eine linke Zukunftsvision „Berlin 2040.“, welche in einen breit angelegten
261 Wahlprogrammprozess mit Blick auf die BVV- und AGH-Wahlen 2026 münden soll.

262 **Wahlen in Berlin - Nach der Ampel Links**

263 Wir gehen selbstbewusst in die kommenden Wahlen in Berlin. Mit einem leichten Plus bei
264 den Wiederholungswahlen zum deutschen Bundestag und vielen engagierten
265 Mitgliedern, hat der Landesverband Berlin gezeigt, dass auch die dritte Wahl in Folge
266 uns nicht aus der Bahn werfen kann.

267 Die Europawahl 2024 steht bevor. Wir sehen es als unsere Aufgabe, wieder einen
268 relevanten Beitrag für ein starkes linkes Ergebnis aus Berlin heraus zu liefern. Wir stehen
269 ein für ein soziales und friedliches Europa und gegen ein Europa der Banken und
270 Konzerne, der Aufrüstung und des Rechtsrucks. Als sicherer Hafen wollen wir Menschen
271 in Not ein Zuhause bieten statt sie im Mittelmeer ertrinken zu lassen. Wir setzen uns mit
272 viele zivilgesellschaftlichen Akteuren dafür ein, dass Berlin als solidarische Metropole in
273 Europa allen Menschen eine gute Perspektive gibt, hier zu wohnen, zu arbeiten und zu
274 leben.

275 Besonders wichtig ist uns in diesem Jahr die Unterstützung der Kommunal- und
276 Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und in Brandenburg. Der Landesvorstand
277 bereitet eine aktive Wahlkampfunterstützung in Absprache mit anderen
278 Landesverbänden vor und setzt dabei einen Schwerpunkt auf eine
279 Wahlkampfunterstützung in Brandenburg, um Ressourcen gezielt einzusetzen.

280 Es gilt zudem jetzt die Vorbereitungen für die Bundestagswahl 2025 einzuleiten und eine
281 erfolgreiche Strategie für den Abgeordnetenhauswahlkampf vorzubereiten. Dafür hat
282 der Landesvorstand eine AG Wahlen eingesetzt, um die notwendigen Schritte rechtzeitig
283 zu planen, die finanzielle Grundlage dafür zu schaffen und die politischen
284 Richtungsentscheidungen vorzubereiten.

285 Alles, was wir tun, zielt darauf ab, die Partei in ihrer Breite zu stärken und uns so
286 auszurichten, dass wir die kommenden Wahlen erfolgreich führen können. Als soziale
287 Opposition werden wir diesem Senat ordentlich Feuer unterm Hintern machen und uns
288 vehement für die Interessen der Menschen in unserer Stadt einsetzen - und zwar in der
289 ganzen Stadt.